

## Inhalt

<b>A. Bekanntmachungen des Landkreises</b>		
17 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	107	
18 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Antragsteller: Stadt Bad Iburg)	107	
19 Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Osnabrück und der Gemeinde Bissendorf	108	
20 Prüfung des Jahresabschlusses 2014 der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“	110	
<b>B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände</b>		
82 Bekanntmachung der Stadt Georgsmarienhütte über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 215 „Gewerbegebiet Werner-von-Siemens-Straße“ mit Örtlichen Bauvorschriften gem. Baugesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808) m. W. v. 29.07.2017	110	
83 Bekanntmachung der Stadt Georgsmarienhütte über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 1 (Harderberg) „Am Krankenhaus“ – 1. Änderung gem. Baugesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808) m. W. v. 29.07.2017	111	
84 Haushaltssatzung der Samtgemeinde Artland für das Haushaltsjahr 2020	112	
85 Haushaltssatzung der Stadt Georgsmarienhütte für das Haushaltsjahr 2020	113	
86 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Belm Nr. LIV „Südlich Kirchkamp“, der Gemeinde Belm	114	
87 Bekanntmachung Bebauungsplan Nr. 84 „Am Reiterhof“, Heithöfen der Gemeinde Bad Essen	114	
<b>C. Sonstige Bekanntmachungen</b>		
4 Friedhofsgebührenordnung (FGO) für den Friedhof der Ev.-luth. Jesus-Christus-Kirchengemeinde in Bad Rothenfelde	115	

### A. Bekanntmachungen des Landkreises

17

#### Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 2 G vom 08.09.2017 (BGBl. I S. 3370) geprüft.

Aktenzeichen: 11-neu-06831-19  
Antragsteller: Heiner Lührmann  
Baugrundstück: Neuenkirchen, Vinter Str. 3  
Gemarkung: Vinte  
Flur: 4  
Flurstück(e): 55

#### Anlage nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Anzeige nach § 15 BImSchG über eine unwesentliche Änderung BGA: Aufstellung Notgasfackel

Es war eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. Nr. 7.11.3 der Anlage 1 des UVPG durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass aus folgenden Gründen die Durchführung einer UVP für das Vorhaben nicht erforderlich ist:

Für die Gebiete nach Nr. 2.3 der Anlage 3 des UVPG kann eine potentielle Betroffenheit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden.

Eine Betroffenheit kann für folgende Gebiete ausgeschlossen werden, da keine entsprechenden Gebiete im Umkreis des Vorhabens vorhanden sind: Natura 2.000 Gebiete nach § 7 Abs. 1 BNatSchG, Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG,

Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete nach §§ 25, 26 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen nach § 29 BNatSchG, gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG, Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG, Gebiete, in denen die Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG und für in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.

Es liegt somit insgesamt keine potentielle Betroffenheit vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, 21.02.2020

Landkreis Osnabrück

Der Landrat

Fachdienst Planen und Bauen

i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 5, 14. März 2020

18

#### Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Antragsteller: Stadt Bad Iburg)

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Ge-

setz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist, geprüft:

Die Stadt Bad Iburg beantragt für die Brunnen Limberg II eine Grundwasserentnahme von 145.000 m<sup>3</sup> / a und für den Brunnen Limberg III eine Grundwasserentnahme von 300.000 m<sup>3</sup> / a. Es handelt sich um die Fortführung einer Grundwasserentnahme mit einer Erhöhung von insgesamt 100.000 m<sup>3</sup> / a.

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen erforderlich:

Auswirkungen der Erhöhung der Grundwasserentnahme auf die landschaftsökologischen Schutzgüter können nicht ausgeschlossen werden. Zudem ist nicht eindeutig nachgewiesen, dass die unterschiedlichen Schichten tatsächlich voneinander getrennt sind. Es ist nicht nachgewiesen, dass es keine Beeinträchtigung der besonders geschützten Gebiete bzw. der Schutzziele dieser Gebiete gibt. Das Naturschutzgebiet Freen liegt im Absenkungsbereich. Es ist nicht ausreichend belegt worden, dass es zu keinen negativen Auswirkungen kommt. Erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt können daher nicht ausgeschlossen werden.

Die Steigerung der Entnahmemenge lässt Trockenschäden befürchten, die auch zu Auswirkungen auf das Landschaftsbild führen können. Die Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft sind daher erheblich.

Da nicht ausgeschlossen werden kann, dass das Vorhaben erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter Landschaft sowie Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt hat, wird von einer Erheblichkeit ausgegangen.

Eine UVP ist erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 18.02.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Fachdienst Umwelt  
Die Landrätin  
i. A. Olschewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 5, 14. März 2020

19

## **Zweckvereinbarung (öffentlich-rechtliche Vereinbarung)**

**zwischen**

**dem Landkreis Osnabrück  
vertreten durch den Landrat  
nachstehend „Landkreis“ genannt**

**der Gemeinde Bissendorf  
vertreten durch den Bürgermeister  
nachstehend „Gemeinde“ genannt**

**zur Nutzung der Zentralen Vergabestelle**

## **Präambel**

Aufgrund der §§ 1 Abs. 1 Nr. 3 und 2 Abs. 1 Nr. 2 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKG) und § 120 Abs. 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der jeweils gültigen Fassung wird folgende Zweckvereinbarung über die Übernahme von Vergabeverfahren der Gemeinde Bissendorf durch die Zentrale Vergabestelle des Landkreises Osnabrück geschlossen.

## **§ 1 Zweck der Vereinbarung**

- (1) Die Gemeinde beauftragt die Zentrale Vergabestelle des Landkreises mit ihren Aufgaben im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der hier vereinbarten Zuständigkeiten (§ 2). Diese Regelungen erfolgen vor dem Hintergrund der Pflicht zur Einführung der elektronischen Vergabe sowie in Hinblick auf die Vorgaben der Antikorruptionsrichtlinie des Landes Niedersachsen und allen anderen vergaberechtlichen Bestimmungen einschließlich des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes (NTVergG).
- (2) Gemeinsames Ziel der Zusammenarbeit ist die rechtskonforme, rechtssichere und wirtschaftliche Abwicklung der Vergabeverfahren. Die gemeinsame Aufgabenerfüllung führt zu einer effizienten und zielorientierten Aufgabenerfüllung.
- (3) Die elektronische Abwicklung der Vergabeverfahren unter Nutzung eines Vergabemanagementsystems erhöht die Rechtssicherheit sowohl bei der Erstellung der Vergabeunterlagen und der Dokumentation durch die Vergabestelle als auch auf der Bieterseite. Der Einsatz des Systems dient der Wettbewerbsförderung und der Transparenz.

## **§ 2 Zuständigkeiten**

- (1) Die Zentrale Vergabestelle des Landkreises übernimmt im Zusammenwirken mit der Gemeinde die Abwicklung der Auftragsvergaben der Gemeinde ab einem geschätzten Auftragswert von 10.000 € (netto, ohne Umsatzsteuer). In Einzelfällen können nach Absprache zwischen der Gemeinde und der Zentralen Vergabestelle auch Vergabeverfahren unterhalb dieses Wertes durch die Zentrale Vergabestelle abgewickelt werden.
- (2) Die Zentrale Vergabestelle leistet folgenden Beitrag zur Aufgabenerfüllung:
  - a) Prüfung der vorgeschlagenen Verfahrensart
  - b) Mitwirkung bei der Festlegung der Bieterauswahl bei nicht öffentlichen Vergabeverfahren und Durchführung der erforderlichen Eignungsprüfung vor Angebotsanforderung
  - c) Zusammenstellung der aktuellen Formblätter, bei Bedarf Beratung bei der Erstellung der Vergabeunterlagen und der Leistungsverzeichnisse
  - d) Veröffentlichung der Ausschreibungen/ Versand der Angebotsaufforderungen
  - e) Bieterkommunikation/ Beantwortung von Bieterfragen in fachlicher Abstimmung mit der Gemeinde
  - f) Sammlung und Aufbewahrung eingehender Angebote bis zum Eröffnungstermin

- g) Durchführung der Angebots(er)öffnungen, Erstellung der Sitzungsniederschrift
  - h) Formale Prüfung der Angebote
  - i) Nachforderung fehlender Unterlagen, Aufklärung
  - j) Vorlage beim Rechnungsprüfungsamt bei Überschreitung der einschlägigen Wertgrenzen
  - k) Erstellung der Zuschlags- und Absageschreiben, Ex-post-Veröffentlichungen
  - l) Beratung und Information in Verfahrensfragen und bei Vergaberechtsänderungen
  - m) Vorhalten der Vergabevorschriften und Formulare und deren Aktualisierung
- (3) Die Gemeinde leistet folgenden Beitrag zur Aufgabenerfüllung:
- a) Klärung aller haushaltsrechtlichen Fragestellungen im Vorfeld
  - b) Anmeldung des Vergabeverfahrens mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf und Abstimmung des weiteren zeitlichen Ablaufs mit der Zentralen Vergabestelle
  - c) Erstellen der Leistungsverzeichnisse und ggf. weiterer ergänzender Unterlagen
  - d) Erteilung fachlicher Auskünfte an die Zentrale Vergabestelle bei Bieterfragen
  - e) fachliche/ fachtechnische und wirtschaftliche Prüfung der Angebote sowie Prüfung des materiellen Anteils der Eignung der Bieter, die in die engere Wahl kommen
  - f) Erstellung des Vergabevorschlags
  - g) Erstellung von gemeindeeigenen Vergaberechtsvorschriften (Dienstanweisung/ Vergabeordnung)
- (4) Bei der Durchführung der Vergabeverfahren finden die gemeindeeigenen Regelungen (z.B. Dienstanweisung/ Vergabeordnung) Anwendung.
- (5) Die Mitarbeiter/innen der Zentralen Vergabestelle werden ermächtigt einfache Schreiben sowie die Bieterkommunikation für die Gemeinde abzuwickeln. Die Zentrale Vergabestelle darf den Zuschlag erteilen, sofern die Zuschlagserteilung im Vergabemanagementsystem durch die zuständige Stelle erfolgt ist.
- (6) Die Zuständigkeit des Rechnungsprüfungsamtes für die Prüfung der Vergaben bleibt von der Zweckvereinbarung unberührt.

### **§ 3**

#### **Handeln für die beauftragende Kommune**

Die Mitarbeiter/innen der Zentralen Vergabestelle handeln im Namen und für die Gemeinde.

### **§ 4**

#### **Einsatz der eVergabe**

- (1) Die Vergabeverfahren werden grundsätzlich unter Einsatz des Vergabemanagementsystems des Landkreises durchgeführt. Nur in Einzelfällen kann nach Absprache mit der Zentralen Vergabestelle von einer elektronischen Abwicklung des Vergabeverfahrens abgewichen werden.
- (2) Die Administration des Systems, inklusive der Benutzerverwaltung mit der Rollen-/ Rechtezuweisung, obliegt der Zentralen Vergabestelle. Die Gemeinde liefert dem Landkreis hierzu die notwendigen Informationen.

- (3) Die Mitarbeiter/innen der Zentralen Vergabestelle schulen die Mitarbeiter/innen in der Gemeinde in dem erforderlichen Umfang. Sie leisten Support bei der Anwendung des Systems.

### **§ 5**

#### **Mitwirkungspflichten**

- (1) Die zuständigen Mitarbeiter/innen in der Gemeinde unterstützen die Zentrale Vergabestelle mit allen Informationen und Unterlagen, die für die Durchführung des Vergabeverfahrens notwendig sind.
- (2) Antworten auf Bieterfragen, die die Mitarbeiter/innen der Zentralen Vergabestelle nicht selbst beantworten können, sind der Zentralen Vergabestelle nach Anforderung möglichst unverzüglich von der Kommune zuzuleiten.
- (3) Die Gemeinde benennt einen zuständigen Ansprechpartner/eine zuständige Ansprechpartnerin für die Kooperation.

### **§ 6**

#### **Kostenerstattung**

- (1) Der Erstattungssatz beträgt für jede aufgewendete Arbeitsstunde der Zentralen Vergabestelle 59,78 Euro. Mit dem Stundensatz sind die gesamten Personal- und Sachkosten des Arbeitsplatzes abgedeckt (Kostendeckungsprinzip). Der Stundensatz wurde auf Grundlage des KGSt-Berichtes „Kosten eines Arbeitsplatzes“ (Stand 2017/2018) berechnet. Der Stundensatz wird alle zwei Jahre auf Aktualität überprüft und bei Bedarf angepasst. Eine Anpassung des Stundensatzes erfolgt aufgrund einer schriftlichen Mitteilung der Zentralen Vergabestelle.
- (2) Die Abrechnung der Kosten nach Abs. 1 erfolgt unter Mitteilung der Anzahl der aufgewendeten Arbeitsstunden nach Beendigung des jeweiligen Vergabeverfahrens (Abgabe des Vorgangs an die Gemeinde). Der Zeitaufwand wird seitens des Landkreises für jede einzelne Vergabe durch die damit befassten Mitarbeiter/innen dokumentiert.
- (3) Die laufenden Kosten für den Einsatz des Vergabemanagementsystems trägt die Gemeinde. Sie werden durch den Landkreis jährlich in Rechnung gestellt.

### **§ 7**

#### **Schweigepflicht/ Datenschutz**

- (1) Die Mitarbeiter/innen sind im Rahmen der gesetzlichen und tarifvertraglichen Bestimmungen zur Einhaltung der Schweigepflicht und zur Beachtung des Datenschutzes verpflichtet.
- (2) Die Vertragspartner stimmen Pressemitteilungen und andere Erklärungen gegenüber der Öffentlichkeit in Bezug auf die Durchführung von Auftragsvergaben ab.

### **§ 8**

#### **Haftung**

Die Mitarbeiter/innen der Zentralen Vergabestelle nehmen bei der Durchführung der Aufgaben nach dieser Vereinbarung Aufgaben für die Gemeinde wahr. Die Gemeinde haftet für Schäden Dritter und trägt ihr selbst entstehende Schäden in vollem Umfang. Dies gilt nicht für Schäden, die die Mitarbei-

ter/innen der Zentralen Vergabestelle grob fahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführt haben.

## **§ 9 Evaluation**

Die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung wird jährlich evaluiert. Hierzu wird von der Zentralen Vergabestelle zu Beginn eines jeden Kalenderjahres ein gemeinsames Gespräch mit dem nach § 5 Abs. 3 benannten Ansprechpartner organisiert.

## **§ 10 Schriftform und salvatorische Klausel**

- (1) Alle die Zweckvereinbarung betreffenden Vereinbarungen zwischen den Vertragspartnern bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform.
- (2) Sollten Bestimmungen dieser Vereinbarung oder eine künftig aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Das gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass die Vereinbarung eine Regelungslücke enthält. Die Vertragsparteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücken eine Regelung zu treffen, die dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien gewollt haben oder nach dem Sinn der Vereinbarung bedacht hätten.

## **§ 11 In-Kraft-Treten, Geltungsdauer**

- (1) Die Zweckvereinbarung wird entsprechend § 5 Abs. 6 NKomZG am Tag nach der letzten Bekanntmachung wirksam.
- (2) Diese Vereinbarung kann jeweils zum 31.12. eines Jahres gekündigt werden. Die Kündigung muss schriftlich bis zum 30.06. des jeweiligen Jahres dem anderen Vertragspartner gegenüber erklärt werden.
- (3) Nach dem Kündigungstermin werden die Vergabeverfahren wieder von der Gemeinde selbst geführt. Die in der Zentralen Vergabestelle vorhandenen Akten und Unterlagen, insbesondere zu den dann laufenden Verfahren, werden der Gemeinde fristgerecht überlassen.

Guido Halfter  
Gemeinde Bissendorf  
Der Bürgermeister

i. V. Bärbel Rosensträter  
Landkreis Osnabrück  
Die Landrätin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 5, 14. März 2020

20

## **Prüfung des Jahresabschlusses 2014 der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“**

Das mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Rechnungsprüfungsamt der Stadt Osnabrück hat mit Datum

vom 12. April 2019 folgenden unbeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 hat zu keinen Einwendungen gegen die Buchführung, den Jahresabschluss und Lagebericht sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und wirtschaftlichen Verhältnisse der Anstalt geführt. Vor diesem Hintergrund erteilen wir gemäß § 27 Abs. 2 KomAnstVO folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität ist nicht zu beanstanden. Die kommunale Anstalt wird wirtschaftlich geführt.“

Osnabrück, den 12. April 2019

Der Verwaltungsrat der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“ hat durch Umlaufbeschluss vom 03. Mai 2019 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2014 der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“ in Aktiva und Passiva gleichlautend auf 5.119.066,94 € festgestellt und dem Vorstand der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“, Frau Bärbel Rosensträter und Herrn Dietrich Bettenbrock für das Jahr 2014 Entlastung erteilt.

Gemäß § 36 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) vom 12. Juli 2018 (Nds. GVBl 2018, S. 17) in der zurzeit gültigen Fassung werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss 2014 hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“ für das Geschäftsjahr 2014 liegen gemäß § 3 Abs. 2 NKomZG i.V.m. §§ 114 Abs. 2, Satz 3 NKomVG vom 16. März 2020 bis 25. März 2020 von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr (Mo. – Mi. und Fr.) und 8.00 Uhr bis 17.30 Uhr (Do.) in der Regionalleitstelle Osnabrück (Zimmer 4123) im Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Osnabrück, 27. Februar 2020

## **Regionalleitstelle Osnabrück kAöR**

Volker Trunt  
Vorstand

Dietrich Bettenbrock  
Vorstand

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 5, 14. März 2020

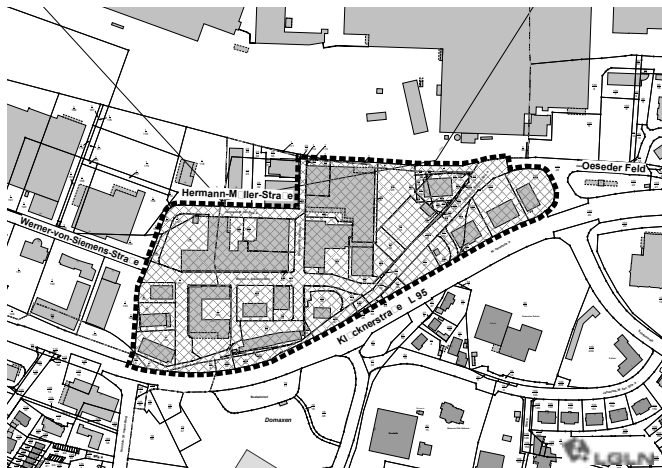
## **B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden Samtgemeinden und der Zweckverbände**

82

**Bekanntmachung  
der Stadt Georgsmarienhütte  
über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 215  
„Gewerbegebiet Werner-von-Siemens-Straße“  
mit Örtlichen Bauvorschriften  
gem. Baugesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung  
vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414)  
zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017  
(BGBl. I S. 2808) m. W. v. 29.07.2017**

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat am 19.12.2019 den Bebauungsplan Nr. 215 „Gewerbegebiet Werner-von-Siemens-Straße“ mit Örtlichen Bauvorschriften als Satzung gem. § 10 BauGB sowie die Begründung beschlossen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes kann dem nachstehenden Planausschnitt - unmaßstäbliche Verkleinerung der Deutschen Grundkarte - entnommen werden; Vervielfältigungserlaubnis erteilt durch das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN) Regionaldirektion Osnabrück für die Stadt Georgsmarienhütte; der Geltungsbereich ist gerastert dargestellt.



Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan gem. § 10 Baugesetzbuch rechtsverbindlich und liegt einschließlich Begründung vom Tage dieser Bekanntmachung an im Rathaus der Stadt Georgsmarienhütte, Oeseder Straße 85, Zimmer 242/243, 49124 Georgsmarienhütte während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.

Auf die Rechtsfolgen des § 215 BauGB wird hingewiesen. Danach werden eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung des Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt Georgsmarienhütte unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Sollten sich aufgrund der Festsetzungen des o. g. Bebauungsplanes Entschädigungsansprüche herleiten lassen, wird auf die Vorschrift des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche von durch den Bebauungsplan eingetretenen Vermögensnachteilen sowie über Fälligkeit und Erlöschen der Entschädigungsansprüche hingewiesen.

**Georgsmarienhütte, 18.02.2020**

**Stadt Georgsmarienhütte**  
Die Bürgermeisterin

**Bekanntmachung**  
**der Stadt Georgsmarienhütte**  
**über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 1**  
**(Harderberg)**  
**„Am Krankenhaus“ – 1. Änderung**  
**gem. Baugesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung**  
**vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414)**  
**zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017**  
**(BGBl. I S. 2808) m. W. v. 29.07.2017**

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat am 13.02.2020 den Bebauungsplan Nr. 1 (Harderberg) „Am Krankenhaus“ – 1. Änderung als Satzung gem. § 10 BauGB sowie die Begründung beschlossen. Das Bauleitplanverfahren wurde gem. § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren durchgeführt.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes kann dem nachstehenden Planausschnitt - unmaßstäbliche Verkleinerung der Deutschen Grundkarte - entnommen werden; Vervielfältigungserlaubnis erteilt durch das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN) Regionaldirektion Osnabrück für die Stadt Georgsmarienhütte; der Geltungsbereich ist gerastert dargestellt.



Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan gem. § 10 Baugesetzbuch rechtsverbindlich und liegt einschließlich Begründung vom Tage dieser Bekanntmachung an im Rathaus der Stadt Georgsmarienhütte, Oeseder Straße 85, Zimmer 242/243, 49124 Georgsmarienhütte während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.

Auf die Rechtsfolgen des § 215 BauGB wird hingewiesen. Danach werden eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des

§ 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung des Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt Georgsmarienhütte unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Sollten sich aufgrund der Festsetzungen des o. g. Bebauungsplanes Entschädigungsansprüche herleiten lassen, wird auf die Vorschrift des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche von durch den Bebauungsplan eingetretenen Vermögensnachteilen sowie über Fälligkeit und Erlöschen der Entschädigungsansprüche hingewiesen.

Georgsmarienhütte, 21.02.2020

**Stadt Georgsmarienhütte**  
Die Bürgermeisterin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 5, 14. März 2020

84

## **Haushaltssatzung der Samtgemeinde Artland für das Haushaltsjahr 2020**

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Samtgemeinde Artland am 5. Dezember 2019 folgende Haushaltssatzung beschlossen.

### **§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt**  
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1. der ordentlichen Erträge auf	27.016.722 €
1.2. der ordentlichen Aufwendungen auf	27.335.603 €
1.3. der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4. der außerordentlichen Aufwendungen auf	31.500 €
1.5. Jahresergebnis	-350.381 €

2. im **Finanzhaushalt**  
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1. der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	26.475.231 €
2.2. der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	25.047.806 €
2.3. der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	1.071.550 €
2.4. der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	8.357.116 €
2.5. der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	6.655.566 €
2.6. der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	1.136.241 €

festgesetzt.

Nachrichtlich:

Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	34.202.347 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	34.541.163 €

### **§ 2**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und für Investitionsförderungsmaßnahmen (Kredit-ermächtigung) wird auf 6.655.566 € festgesetzt.

### **§ 3**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre belasten, wird auf 2.500.000 € festgesetzt.

### **§ 4**

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.370.000 € festgesetzt.

### **§ 5**

Der Hebesatz der Samtgemeindeumlage wird für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgelegt:

57 % von den Steuerkraftzahlen der Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde.

### **§ 6**

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung gem. § 12 Abs. 1 Kommunalhaushalts- und Kas-senverordnung (KomHKVO) wird auf 1.000.000 € festgelegt.

Quakenbrück, 06.12.2019

(Poppe)  
Samtgemeindebürgermeister

### **Bekanntmachung der Haushaltssatzung**

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach §§ 119 Abs. 4, 120 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) sowie nach §§ 111 NKomVG i.V.m. § 15 Abs. 6 des Niedersächsischen Ge-setzes über den Finanzausgleich (NFAG) erforderliche Ge-nehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück am 17.02.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 16.03.2020 – 24.03.2020 zur Einsichtnahme im Dienst-gebäude Markt 2 (2. Etage), Zimmer 310 in 49610 Quaken-brück öffentlich aus.

**Samtgemeinde Artland**  
Der Samtgemeindebürgermeister  
Poppe

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 5, 14. März 2020

85

**Haushaltssatzung  
der Stadt Georgsmarienhütte  
für das Haushaltsjahr 2020**

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte in der Sitzung am 19. Dezember 2019 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

**§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	58.125.400 €
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	62.789.100 €
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen auf	78.658.400 €
2.2 der Auszahlungen auf	80.306.800 €

festgesetzt.

Von den Einzahlungen und Auszahlungen entfallen

2.1.1 auf Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	56.106.100 €
2.2.1 auf Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	56.334.500 €
2.1.2 auf Einzahlungen für Investitionen	1.355.200 €
2.2.2 auf Auszahlungen für Investitionen	22.552.300 €
2.1.3 auf Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	21.197.100 €
2.2.3 auf Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.420.000 €

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtwerke für das Haushaltsjahr 2020 wird

im <b>Erfolgsplan</b>	
mit Erträgen in Höhe von	8.156.486 €
mit Aufwendungen in Höhe von	7.738.252 €
Betriebsergebnis	418.234 €

im <b>Vermögensplan</b>	
mit Einnahmen in Höhe von	5.784.026 €
mit Ausgaben in Höhe von	5.784.026 €

festgesetzt.

**§ 2**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 21.197.100 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) des Eigenbetriebs Stadtwerke wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

**§ 3**

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 14.460.000 € festgesetzt.

**§ 4**

Der Höchstbetrag bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 8.000.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des Eigenbetriebs Stadtwerke in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 500.000 € festgesetzt.

**§ 5**

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	360 v.H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	360 v.H.

2. Gewerbesteuer 390 v.H.

Georgsmarienhütte, den 27.02.2020

**Stadt Georgsmarienhütte**  
Die Bürgermeisterin  
Bahlo

**Bekanntmachung der Haushaltssatzung  
der Stadt Georgsmarienhütte für das Haushaltsjahr 2020**

Die vorstehende Haushaltssatzung der Stadt Georgsmarienhütte für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach § 119 Abs. 4, § 120 Abs.2 und 130 NKomVG erforderliche aufsichtsbehördliche Genehmigung der §§ 2 und 3 der Haushaltssatzung ist durch den Landkreis Osnabrück am 26.02.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 – 2020/000005 Tsch erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 16. März 2020 bis zum 24. März 2020 im Rathaus der Stadt Georgsmarienhütte, Oeseder Straße 85, 1. Obergeschoss, Zimmer 157/158, während der Dienstzeit zur Ein-

sichtnahme öffentlich aus.

**Georgsmarienhütte**, 27.02.2020

**Stadt Georgsmarienhütte**  
Die Bürgermeisterin  
Bahlo

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 5, 14. März 2020

**86**

**Bekanntmachung  
des Bebauungsplanes Belm Nr. LIV  
„Südlich Kirchkamp“, der Gemeinde Belm**

Der Rat der Gemeinde Belm hat in seiner Sitzung am 11.12.2019 den Bebauungsplan Belm Nr. LIV „Südlich Kirchkamp“, gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet umfasst die Flurstücke 60/4 und 60/7 Flur 2 der Gemarkung Belm.

Der Planbereich ergibt sich aus der beigefügten Übersichtskarte.



Mit Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück tritt der Bebauungsplan Belm Nr. LIV „Südlich Kirchkamp“ in Kraft.

Der Bebauungsplan Belm Nr. LIV „Südlich Kirchkamp“ mit einschließlich Begründung und weiteren Unterlagen liegen ab sofort bei der Gemeinde Belm, Marktring 13, Fachbereich III Baudienste, 49191 Belm, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 3 des Baugesetzbuches (BauGB) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der

Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB Mängel der Abwägung dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Belm geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 Baugesetzbuch über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

**Belm**, den 28.02.2020

**Gemeinde Belm**  
Der Bürgermeister  
Viktor Hermeler

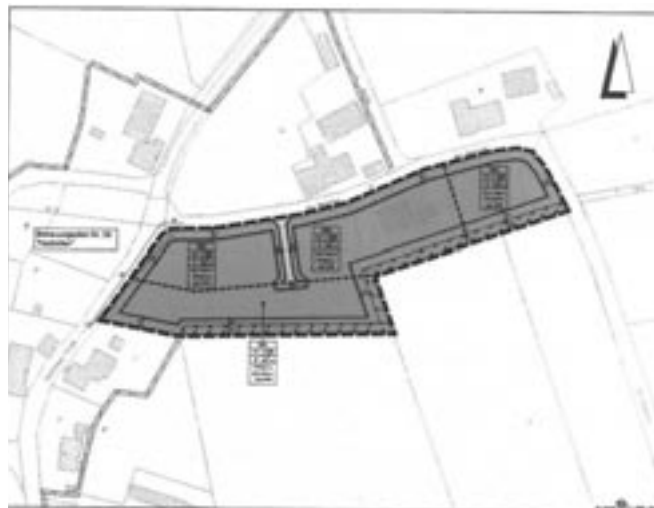
Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 5, 14. März 2020

**87**

**Bekanntmachung  
Bebauungsplan Nr. 84 „Am Reiterhof“, Heithöfen  
der Gemeinde Bad Essen**

Der Rat der Gemeinde Bad Essen hat in seiner Sitzung am 12.12.2019 den Bebauungsplan Nr. 84 „Am Reiterhof“, Heithöfen, bestehend aus der Planzeichnung, den textlichen Festsetzungen sowie den örtlichen Bauvorschriften gemäß § 10 Baugesetzbuch in der Fassung vom 23.09.2004 als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 84 „Am Reiterhof“, Heithöfen, ergibt sich aus dem nachfolgenden Übersichtspan:



----- = Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 84 „Am Reiterhof“, Heithöfen

Der Bebauungsplan einschließlich Begründung kann in der Gemeindeverwaltung Bad Essen, Lindenstraße 41/43 (Rathaus, Zimmer 1.14), 49152 Bad Essen, und zwar zu den Öffnungszeiten (Mo.-Fr. 08.00-12.00, Mo.-Mi. 14.00-16.00 und Do. 14.00-18.00 Uhr) sowie nach Vereinbarung eingesehen



werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 84 „Am Reiterhof“, Heithöfen, in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs.1 Ziffer 1 - 3 BauGB i.d.F. vom 23.09.2004 die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 u. 2 sowie des Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Bad Essen, 03.03.2020

(Siegel) **Gemeinde Bad Essen**  
Der Bürgermeister  
Timo Natemeyer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 5, 14. März 2020

**C. Sonstige Bekanntmachungen**

4

**Friedhofsgebührenordnung (FGO)  
für den Friedhof  
der Ev.-luth. Jesus-Christus-Kirchengemeinde  
in Bad Rothenfelde**

Gemäß § 5 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) und § 30 der Friedhofsordnung hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Jesus-Christus-Kirchengemeinde Bad Rothenfelde für den Friedhof in Bad Rothenfelde am 21.01.2020 folgende Friedhofsgebührenordnung beschlossen:

**§ 1  
Allgemeines**

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen der Friedhofsverwaltung werden Gebühren nach dieser Gebührenordnung erhoben.

**§ 2  
Gebührensschuldner**

- (1) Gebührensschuldner der Benutzungsgebühr ist
1. wer die Bestattung oder sonstige gebührenpflichtige Leistung nach dieser Ordnung beantragt oder durch ihm zurechenbares Verhalten ausgelöst hat,

2. wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erworben oder verlängert hat,
  3. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Gebührensschuldner der Verwaltungsgebühr ist
1. wer die Verwaltungshandlung veranlasst oder in wesentlichen Interesse sie vorgenommen wird,
  2. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (3) Mehrere Gebührensschuldner sind Gesamtschuldner.

**§ 3  
Entstehen der Gebührenschuld**

- (1) Bei Grabnutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld bereits mit der Begründung des Nutzungsrechtes für die gesamte Nutzungsdauer der Grabstätte oder bereits mit der Verlängerung des Nutzungsrechtes für den Zeitraum der gesamten Verlängerung der Grabstätte.
- (2) Bei sonstigen Benutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Inanspruchnahme der jeweiligen gebührenpflichtigen Leistung.
- (3) Bei Verwaltungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Vornahme der Verwaltungshandlung.

**§ 4  
Festsetzung und Fälligkeit**

- (1) Die Heranziehung zu Gebühren erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die Benutzung des Friedhofes untersagen und Leistungen verweigern, sofern ausstehende Gebühren nicht entrichtet worden sind oder eine entsprechende Sicherheit nicht geleistet ist.
- (3) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangungsverfahren eingezogen.

**§ 5  
Säumniszuschläge, Kosten,  
Einziehung rückständiger Gebühren**

- (1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.
- (2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch den Gebührensschuldner oder die Gebührensschuldnerin zu erstatten.
- (3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangungsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat der Vollstreckungsschuldner oder die Vollstreckungsschuldnerin zu tragen.

## § 6 Gebührentarif

- I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten:
1. Wahlgrabstätte:  
Für 30 Jahre: 920,00 €  
Für jedes Jahr der Verlängerung 30,67 €
  2. Urnenwahlgrabstätte:  
Für 20 Jahre - je Grabstelle - : 525,00 €  
Für jedes Jahr der Verlängerung 26,25 €
  3. Baumbestattung Sarg (Reihengrab), inkl. Grabstein:  
Für 30 Jahre: 2.362,00 €
  4. Baumbestattung Sarg (Wahlgrab), inkl. Grabstein:  
Für 30 Jahre: 2.805,00 €  
Für jedes Jahr der Verlängerung 93,50 €
  5. Baumbestattung Urne (Reihengrab), inkl. Grabstein:  
Für 20 Jahre: 1.044,00 €
  6. Baumbestattung Urne (Wahlgrab), inkl. Grabstein:  
Für 20 Jahre: 1.336,00 €  
Für jedes Jahr der Verlängerung 66,80 €
  7. Staudengemeinschaftsanlage Urne (Reihengrab), inkl. Grabstein  
Für 20 Jahre: 1.044,00 €
  8. Staudengemeinschaftsanlage Urne (Wahlgrab), inkl. Grabstein  
Für 20 Jahre: 1.336,00 €  
Für jedes Jahr der Verlängerung 66,80 €
  9. Pflegefreies Urnenwahlgrab (Gemeinschaftsgrabstätte):  
Für 20 Jahre- je Grabstelle - : 1.929,00 €  
Für jedes Jahr der Verlängerung 96,45 €  
Gebühr für das Entfernen des stehenden Grabmals nach Ablauf des Nutzungsrechtes 200,00 €  
Gebühr für ein auf der Gemeinschaftsgrabstätte aufgestelltes Grabmal nach Wahl entsprechend der anliegenden Kostenübersicht.
  10. Zusätzliche Bestattung einer Urne in einer bereits belegten Wahl-, Urnenwahl- oder pflegefreien Urnenwahlgrabstätte gemäß § 11 Absatz 5 der Friedhofsordnung:  
a) eine Gebühr gemäß Nummer 11 zur Anpassung an die neue Ruhezeit und  
b) eine Gebühr gemäß Abschnitt II. Nummer 2.
  11. Für jedes Jahr des Wiedererwerbs oder der Verlängerung von Nutzungsrechten (gem. § 13 Absatz 2 FO) ist für jedes Jahr, um das das Nutzungsrecht verlängert wird, die jeweilige Jahresgebühr zu entrichten.

Wiedererwerbe und Verlängerungen von Nutzungsrechten sind nur in vollen Kalenderjahren möglich.

Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechtes wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

### II. Gebühren für die Bestattung:

1. für eine Erdbestattung 693,00 €
2. für eine Urnenbestattung: 277,00 €

### III. Verwaltungsgebühren:

1. Prüfung der Anzeige zur Aufstellung eines stehenden Grabmals einschließlich Standsicherheitsprüfung 90,00 €
2. Prüfung der Anzeige zur Aufstellung eines liegenden Grabmals 40,00 €

### V. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer / Friedhofskapelle:

1. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer je Bestattungsfall 143,00 €
2. Gebühr für die Benutzung der Friedhofskapelle je Trauerfeier 243,00 €

## § 7

Leistungen, für die kein Gebührentarif vorgesehen ist, werden von der Friedhofsverwaltung nach dem jeweiligen Aufwand berechnet.

## § 8

### Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Friedhofsgebührenordnung tritt nach ihrer Genehmigung am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Friedhofsgebührenordnung tritt die Friedhofsgebührenordnung in der Fassung vom 16.10.2012 außer Kraft.

(Siegel)

Pn. Jacobskötter  
Vorsitzender

Sogalla-Godewerth  
Kirchenvorsteherin

Die vorstehende Friedhofsgebührenordnung wird hiermit gemäß § 66 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5, Absätze 2 und 5 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

**Osnabrück, den 21.02.2020**

(Siegel)

Kusserow  
Kusserow, Oberkirchenrat

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 5, 14. März 2020